

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	15. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	19. Oktober 2010, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Heinz Fenrich

21.

Punkt 19 der Tagesordnung: Antrag der Stadträtinnen Gabriele Luczak-Schwarz und Christiane Staab (CDU) sowie der CDU-Gemeinderatsfraktion vom 21. September 2010:

Einrichtung weiterer Bildungshäuser

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 19, Vorlage Nr. 529, zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadträtin Luczak-Schwarz (CDU): In der letzten Haushaltsrede habe ich einen Satz gesagt, den ich gerne hier eingangs auch wiederholen möchte: Kein Kind darf verloren gehen. Das war ein Ansatzpunkt, der sich in unserer Haushaltsrede wie ein roter Faden durchgesponnen hat. Schon damals haben wir gesagt, dass die Gesellschaft sich in einem rasanten Wandel befindet, und dass sich dieser Wandel in den Kindergärten und in den Schulen widerspiegelt.

Alle Kinder - da sind wir uns in diesem Haus einig - sollen die gleichen Startchancen haben. Ein Element, um dieses in den Griff zu bekommen oder in die Richtung sich zu entwickeln, ist natürlich das Bildungshaus, was die frühkindliche Bildung in den Vordergrund gerückt hat. Wir haben das Thema frühe Prävention vorhin belegt. Ein weiteres Element ist das Thema Bildungshäuser.

Die Bildungshäuser würden beste Voraussetzungen bieten, um hier eine Verzahnung und einen nahtlosen Übergang zwischen Kindergartenkind und Schulkind hinzubekommen, dass wir schulfähige Kinder haben. Die Kollegin Christiane Staab hat dazu in diesem Haus auch schon viele Ausführungen gemacht, dass gerade im ers-

ten Schuljahr viele Kinder gar nicht in der Lage sind, das erste Schuljahr zu absolvieren, weil schon alleine bestimmte Kompetenzen nicht vorhanden sind. Wir müssen da früher eingreifen. Da ist auch die Kommune in der Verpflichtung. Wir sind hier auch auf einem guten Weg.

Wir haben dann auch das Thema Bildungshäuser diskutiert - ich kann mich daran erinnern - in diesem Haus. Wir waren ganz stolz, dass wir in dieser ersten Tranche mit dem Bildungshaus Tullaschule und Kiga St. Bernhard hineingekommen sind. Dort wird auch hervorragende Arbeit geleistet. Wir haben dann auch diskutiert, warum gehen wir nicht mit der neuen Schule in der Südoststadt in dieses Projekt, sind damals im Kultusministerium aufgelaufen, weil es keinen Platz mehr gab. Dann lasen wir in der Sommerpause die Erklärung der Kultusministerin, die gesagt hat, in den nächsten Jahren sollen die Bildungshäuser in Baden-Württemberg verdreifacht werden. 70 sollen in einer ersten Tranche kommen, Bewerbungsschluss ist der 2. November. Das war die Intention des Antrags, dass wir gesagt haben, dass jetzt bitte die alten Konzepte, die wir auch schon überlegt hatten im Vorfeld - oder auch Diskussionen, wo wir schon Kenntnis hatten, die im Raum standen -, forciert werden, damit Sie, Herr Bürgermeister Lenz, auch diese Frist einhalten können. Denn ich gehe einmal davon aus, dass es landesweit viele Bewerbungen geben wird. Es wäre natürlich schön, wenn wir auch in dieser ersten Tranche, also ab dem 2. November, mit einem Projekt vor Ort sein könnten.

Die Antwort der Verwaltung sagt relativ wenig zu dem Thema "Frist 2. November" aus. Ich interpretiere, es finden gegenwärtig Gespräche mit interessierten Partnern statt. Heißt das jetzt, wir haben ein Projekt konkret vor Augen? Wollen Sie den Antrag stellen? Das ist natürlich etwas, was uns brennend interessiert. Denn der nächste Schulbeirat ist nach dieser Antragsfrist. Es ist ein Punkt, der etwas zu kurz gekommen ist. Das Thema ist laufend. Es sind jetzt nur 70 in der ersten Tranche, da kommen noch mehrere hintendran. Ich interpretiere, dass Sie mit dem Gebiet Südoststadt-Ost auf jeden Fall in einer weiteren Tranche sich bewerben werden, aber dieses Mal nicht bis zum 02.11.

Wichtig wäre ein zweites Bildungshaus nach Karlsruhe zu holen, wenn man die Partner hat. Da hoffe ich jetzt auf Ihre Ausführungen. Ansonsten: An dem Thema bitte dran bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Stadträtin van Hoff (GRÜNE): Wie Sie wissen, begrüßen wir Grüne immer gerne solche Angebote, die unseren Kindern ein Lernen jenseits der bisher doch recht fest zementierten Strukturen möglich machen, Angebote, die z. B. Kooperationen mit anderen Klassen, anderen Trägern oder auch anderen Einrichtungen beinhalten. So ein Angebot können auch die beschriebenen Bildungshäuser sein. Deswegen freuen wir uns auch darüber, dass das Land hier eine Förderung vorsieht im von Ihnen beschriebenen Maße. Vielleicht können wir uns auch irgendwann einmal über die Förderung oder zumindest einmal die Genehmigung von Modellschulen, wie eben für die Südstadt-Ost von uns beschlossen, freuen. Das steht bisher leider immer noch aus.

Sie haben es schon gesagt, Frau Kollegin Luczak-Schwarz, die Antwort der Verwaltung ist ein bisschen zögerlich und zeigt konkrete Überlegungen eigentlich erst für das Jahr 2014 auf, eben in der Südstadt-Ost. Das finden wir ein bisschen mager angesichts der Tatsache, dass es eben erst ein einziges Bildungshaus in Karlsruhe gibt. Diese Zurückhaltung ist uns auch nicht ganz klar.

Wir unterstützen den Antrag der CDU und wünschen uns eine zeitnahe Überprüfung von weiteren Möglichkeiten. Aber genau dieser Termin sitzt uns auch im Nacken. Wir haben auch die Information, dass die derzeitige Förderung durch das Land eigentlich nur für Anträge bis Anfang November vorgesehen ist. Die Anforderungen und Kriterien für so einen Antrag sind doch relativ umfangreich. Da befürchten wir dann jetzt doch, dass es ein bisschen knapp wird, wenn jetzt nicht schon wirklich konkrete Ideen und Gespräche auf dem Weg sind. Wir würden da einfach auch um eine etwas konkretere Stellungnahme bitten als jetzt die uns hier vorliegende. Der nächste Schulbeirat ist schon nächste Woche. Dafür wird es wahrscheinlich nicht reichen. Dann könnte es aber unter Umständen zu knapp sein.

Wichtig ist aber natürlich auch, dass man grundsätzlich an dem Thema dran bleibt. Ein Bildungshaus könnte vielleicht auch wirklich einmal ein Haus sein und nicht lediglich eine Kooperation. Dazu wären dann zwar bauliche Maßnahmen notwendig. Aber vielleicht wäre so etwas in späterer Zukunft dann auch einmal möglich, damit man auch ein richtiges Haus hat.

(Beifall bei den Grünen)

Stadträtin Melchien (SPD): Die SPD-Gemeinderatsfraktion begrüßt grundsätzlich die Überlegung, durch Kooperation und entsprechende Förderung die bestehenden Bildungseinrichtungen in unserer Stadt zu stärken und weiterzuentwickeln. Entscheidend ist uns dabei nicht das Etikett, also die Bezeichnung einer Einrichtung. Entscheidend ist, auf welche Weise und mit welchen Möglichkeiten mit Kindern gearbeitet werden kann.

Das Ziel, entsprechende Fördermittel vom Land zu erhalten, ist richtig. Trotzdem geht es uns nicht darum, eine schnellstmögliche, sondern eine bestmögliche Lösung zu finden. Auch ist in der Arbeit - wie die Kollegin gerade angedeutet hat - mit Kindern und Jugendlichen die Frage nach den pädagogischen Konzepten sicherlich nicht weniger wichtig als die Frage nach den räumlichen Gegebenheiten.

Wir unterstützen die Empfehlungen des Bürgermeisteramts, das Thema in einer Sitzung des Schulbeirats zu behandeln und gegebenenfalls in der AG Schulentwicklung vorzuberaten. Ich denke, es wird auch noch weitere Möglichkeiten von Seiten des Landes geben, wenn Ihnen das Thema auch so wichtig ist.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Jooß (FDP): Ich freue mich, dass die CDU endlich ausgeschlafen hat,

(Heiterkeit)

und das Thema Bildungshäuser als Antrag hier in den Gemeinderat bringt. Unsere Fraktion hat zu diesem Thema bereits vor zehn Wochen die Verwaltung aufgefor-

dert, aktiv zu werden. Wir erhielten nahezu die identische Antwort, wie wir sie heute hier vorliegen haben. Ich hoffe, dass es noch nicht zu spät ist, da die Ministerin für Kultus und Sport, Frau Marion Schick, bereits vor einem halben Jahr angeboten hat, die Bildungshäuser zu verdreifachen. Ich sehe da natürlich eine Chance für unsere neue Südstadt-Ost, wo alles neu gebaut wird, die Schule und der Kindergarten.

Was mir bei der Antwort der Verwaltung besonders aufgefallen ist: ein kleines Kreuz. Dieses steht unter "Finanzielle Auswirkungen" bei "Nein". An diesem Punkt möchte ich doch nochmals auf meinen Beitrag in der letzten Gemeinderatssitzung zurückkommen, der wohl auch Auslöser dieses Antrags war. Bis auf eine Schule sind alle Hauptschulen zu Werkrealschulen zusammengelegt. 7 - 8 laufen mittelfristig aus. In spätestens vier Jahren stehen dort Räume zur freien Verfügung:

1. für Ganztageschulen,
2. für Horte,
3. für Jugendhäuser
4. für Bildungshäuser.

Fazit: Wir brauchen keine oder weniger Horte, Jugendhäuser und Kindergärten neu zu bauen oder anzumieten. Ja, wir können sogar noch, wie in Rintheim - nur als ein Beispiel -, die Grundschule ohne Not ganz schließen und dabei sogar noch etwas für die Integration leisten. Wer uns hier im Gemeinderat bei zweistelligen Millionenbeträgen Sparpotential mit dem Wort Peanuts in die Ecke stellen will, sollte über seinen Redebeitrag nochmals nachdenken.

Zum Schluss aber nochmals zurück zum Thema Bildungshäuser. Ich denke, wir sind uns hier im Hause einig, dass längeres gemeinsames Lernen wichtig und richtig ist, deshalb: Bildungshäuser. Ich appelliere an alle Schulleiter der Grundschulen: Packen Sie diese Möglichkeit beim Schopfe, wo es räumlich möglich ist. Zum Wohle Ihrer Schule und vor allem zum Wohle unserer Kinder. Ich sage wie immer - wie Kollegin Luczak-Schwarz schon gesagt hat -: Am Start entscheiden sich die Bildungschancen und nicht am Ende. Deshalb: Bildungshäuser, Bildungshäuser und nochmals Bildungshäuser.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeister Lenz: Es geht um den gelingenden Übergang von der Kita in die Grundschule. Obwohl wir zu 50 % beteiligt sind durch die Kita, sei sie in freier Trägerschaft oder städtisch - das spielt zunächst einmal keine Rolle -, hat das Staatliche Schulamt die Federführung, sprich die Landesrichtlinien. Ich kann Ihnen heute mitteilen, dass das Staatliche Schulamt zum ersten Mal auf den 8. Oktober ausgeschrieben, und dann die Frist auf 02.11 verlängert hat. Warum? Weil es noch eine sehr zögerliche Bereitschaft gibt, sich auf solche Anträge zu melden. Prinzipiell sind es lediglich zwei Standorte, die sich gemeldet haben, die aber noch nicht so weit sind, dass wir das konzeptionell verabschieden können.

Was heißt das für uns? Was heißt das für Sie, für den kommunalen Bildungsplan, den wir letztes Jahr gemeinsam wieder auf neue Beine gestellt haben und mit viel Engagement und gerade von Ihnen mit viel Rückenwind begleiten? Wir müssen natürlich ein Bildungsklima schaffen und noch viel mehr kommunizieren, wie gewollt diese Schritte sind, die Sie bildungspolitisch hier einfordern. Denn uns sind die Hände gebunden. Das wichtige Schlüsselwort in unserer Verwaltungsantwort ist: Prinzip der Freiwilligkeit. Wir können es - wir mögen es bedauern, wie wir wollen - nicht verordnen. Auch Frau Groß, die Leiterin des Staatlichen Schulamtes, hat keine Rückendeckung durch das Kultusministerium, dass sie zu ihren Schulleitern sagen kann: Du und du und du, ihr müsst das machen, weil, weil, weil ... - Prinzip der Freiwilligkeit.

Uns würde es freuen, wenn ein Regierungspräsidium einen Erlass hätte, der für bestimmte Ansprüche in der Führung der Direktorinnen und Direktoren zu so etwas führen würde. Aber ist es dann richtig, wenn die Kolleginnen und Kollegen nicht hinter den Konzepten stehen? Das ist unser Dilemma. Wir haben uns Gedanken gemacht und sagen eines - deswegen haben wir das mit Südstadt-Ost auch so angedeutet: Wenn neue Kitas entstehen, dann schreiben wir die zukünftig so aus, dass nur noch Personal zum Zuge kommt, das die Konzepte, wie Sie sich wünschen, wie wir es uns wünschen, auch lebt.

Ich habe Frau Groß vom Staatlichen Schulamt aufgefordert, doch Gleiches zu tun. Wenn Neubauten anstehen, sollte man für Direktorinnen und Direktoren und Lehrkörper entsprechend ausschreiben. Das ist jetzt aber der Zukunftsweg. Der nützt Ihnen heute wenig. Sie hören meinem Unterton schon die Enttäuschung an, aber auf der anderen Seite auch den Optimismus, dass wir im Dialog sind.

Bei den Kitas besteht eine ähnliche Zögerlichkeit, da braucht man gar nicht drum herumreden, aus vielerlei Gründen: Überfrachtung durch vielerlei Projekte, Modelle usw. Herr Stadtrat Hoffmann, da können Sie mich noch so kritisch ausschauen. Die Mitarbeiterinnen müssen ja sagen. Wir können es nicht verordnen, auch nicht bei unseren kommunalen Kitas. Da habe ich aber eine Chance, da machen wir Fortbildung, da sind wir im Dialog. Wir schreiben jetzt in Zukunft Trägerschaften immer entsprechend aus. Aber auch der Standort muss stimmen.

Aber wie bewegen wir den staatlichen Teil? Das ist unser Problem. Bei den Ausschreibungen - ich habe mir für heute alles noch einmal schicken lassen - sind wir leider nicht federführend. Ich weiß auch nicht, ob wir so viel weiter wären, wenn wir jetzt federführend wären.

Wir haben vorhin die Einschränkung gehört durch den Bund bei ARGE, beim Jobcenter, gemeinsame Einrichtungen. Ihnen ist bekannt, wie die Landesrichtlinien, wie das Bestimmungsmoment des Landes an der Stelle ist. Wie gesagt, ich hoffe zukünftig auf die Veränderungsbereitschaft, kann Ihnen aber nicht viel mehr Konkretes geben. Nur das ernüchternde Ergebnis, dass die Adressaten Ihres politischen und unseres bildungsplanerischen Willens im Moment die Signale noch - ich sage es ganz laut: noch - nicht hören. Aber wir geben an der Stelle nicht auf.

Ich sage Ihnen heute eines dazu: Wir gehen in einem Projekt - ich will das jetzt nicht veröffentlichen - noch einmal auf die Beteiligten zu. Wir haben uns gerade vorhin noch einmal überlegt, Herr Seekircher und Herr Frisch, ob wir doch eine realistische Chance sehen, trotz 02.11. An uns soll es nicht liegen. Aber ob wir das dann auch noch bewegen können in dem einen Beispiel, kann ich Ihnen nicht versprechen. Doch die Zukunft sieht rosiger aus, wie ich es jetzt gerade an der Stelle, die natürlich Enttäuschung ist, Ihnen sage. Denn in der kommunalen Bildungslandschaft - das ist

jetzt der Begriff, der sich hier in der Bildungsrepublik Deutschland gerade durchsetzt - sehen wir uns theoretisch doch schon einmal ganz gut aufgestellt. Wir wissen, wo wir hin wollen, und sind Sie sicher, wir tragen Ihren politischen Willen nicht nach Stuttgart, wo man es nicht hört, sondern der Frau Groß auf den Schreibtisch. Da gibt es auch viel Bereitschaft, aber ihr sind an der Stelle auch die Hände gebunden. Insofern habe ich leider nichts Positiveres zu vermelden. Aber es ist richtig: Für die Bildungsbiografien, die immer wieder unterbrochen werden, gerade beim Übergang Kita - Grundschule, müsste man eigentlich nicht mehr werben müssen. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

Der Vorsitzende: Ich lese einen Satz vor: "Das Schul- und Sportamt und die Sozial- und Jugendbehörde sind mit dem Staatlichen Schulamt in intensivem Kontakt." Also nicht zögerlich, sondern in intensivem Kontakt. Können wir dann so verfahren? Wir bleiben dran.

Beschluss: Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Zur Beurkundung:

Die Schriftführerin:

Verteiler (mit Stellungnahme)
Ratsinformationssystem
Schul- und Sportamt
Zum Gemeinderatsprotokoll
Zu den Akten

HA - Sitzungsdienste -
9. Dezember 2010